

Dieter J. Hecht, Michaela Raggam-Blesch,
Heidemarie Uhl (Hg.)

LETZTE ORTE

Die Wiener Sammellager und
die Deportationen 1941/42
mandelbaum *verlag*



mandelbaum *verlag*

LETZTE ORTE

Die Wiener Sammellager und
die Deportationen 1941/42

Herausgegeben von Dieter J. Hecht,
Michaela Raggam-Blesch, Heidemarie Uhl
mandelbaum *verlag*

Inhalt

- Monika Sommer**
Heidemarie Uhl
8 Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse.
Die letzten Orte vor der Deportation sichtbar machen
- Dieter J. Hecht**
Michaela Raggam-Blesch
13 Jüdisches Leben in Wien am Vorabend der großen Deportationen
- Dieter J. Hecht**
Michaela Raggam-Blesch
21 Der Weg in die Vernichtung begann mitten in der Stadt
Sammellager und Deportationen aus Wien 1941/42
- Arik Brauer**
33 „Er kam zu Fuß nach Ottakring gelaufen, um mir seine
Karl May Bücher zu geben ...“
- Helga Feldner-Busztin**
39 „... ich war entsprechend ... geschockt“
- Herbert (Blacky) Schwarz**
47 „... wo sie uns schnappen“
- Adolf Silberstein**
55 „... ist man natürlich auf mich auch gestoßen“
- Rosa Kostenwein**
61 „... zwei Stempel in der Hand, einer rechts und einer links“
- Otto Kalwo**
62 Evakuiert
- Herbert Schrott**
68 „... bei der Haltestelle Ungargasse/Rennweg ...“

- Rudolf Gelbard**
68 „... wo der Eissalon [am Schwedenplatz] heute ist ...“
- Eleonore Lappin-Eppel**
77 „Alltag“ im Sammellager
- Walter Manoschek**
95 Februar/März 1941. Die frühen Deportationen aus Wien
in das Generalgouvernement
- Dieter J. Hecht**
111 Kurt Mezei und Walter Lindenbaum –
zwei Mitarbeiter der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde
während der Deportationen
- Gabriele Anderl**
127 Robert Prochnik – ein jüdischer Funktionär
in der Zeit des Nationalsozialismus
- Markus Brosch**
137 Täter – die Mitarbeiter der Wiener
„Zentralstelle für jüdische Auswanderung“
- Michaela Raggam-Blesch**
151 Überleben nach den großen Deportationen
„Mischehefamilien“ in Wien
- Brigitte Ungar-Klein**
171 Jüdische U-Boote und ihre Helferinnen und Helfer in Wien
- Eva Holpfer**
187 Die justizielle Verfolgung der Mitarbeiter der „Zentralstelle für
jüdische Auswanderung“ nach 1945
- Heidemarie Uhl**
209 Die Wiederentdeckung der vergessenen Orte der Deportation
in Wien

Dieter J. Hecht

Michaela Raggam-Blesch

- 239 Kleine Sperlgasse 2a, Castellezgasse 35, Malzgasse 7, Malzgasse 16
Die Haus-Geschichte der Sammellager
- 250 Aufstellung der Deportationstransporte vom
Wiener Aspangbahnhof 1941/42
- 252 Zeitzeuginnen- und Zeitzeugen-Interviews für die Ausstellung
»Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse,
Castellezgasse, Malzgasse«
- 254 Chronologie der Verfolgung 1938 bis 1945 (Auswahl)
- 258 Autorinnen und Autoren
- 260 Abkürzungsverzeichnis
- 261 Dank
- 264 Letzte Orte vor der Deportation – Die Ausstellung

MONIKA SOMMER, HEIDEMARIE UHL

Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse. Die letzten Orte vor der Deportation sichtbar machen

Auschwitz, Chelmno, Belzec, Majdanek, Sobibor, Treblinka, Riga, Minsk, Maly Trostinec, Theresienstadt – diese Orte symbolisieren die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Ihre Namen und die weiteren Todesorte finden sich auf dem Sockel des Holocaust-Denkmals am Wiener Judenplatz, ebenso auf den Stolpersteinen zum Gedenken an die ermordeten jüdischen Österreicherinnen und Österreicher in den Straßen von Wien und anderen Städten. Die Shoah hat aber nicht nur in fernen Vernichtungslagern und Mordstätten stattgefunden. Der Weg in den Holocaust begann mitten in der Stadt, vor den Augen der Bevölkerung.

Kleine Sperlgasse 2a, Castellezgasse 35, Malzgasse 7 und 16 – diese Adressen in Wien-Leopoldstadt sind im kollektiven Gedächtnis praktisch nicht präsent, in der Topographie der Shoah von Wien und Österreich sind das jedoch zentrale Orte. Hier haben sich in den Jahren 1941/42 vier Sammellager befunden, in denen Jüdinnen und Juden vor der Deportation interniert wurden. Von hier wurden Gruppen von je rund 1.000 Menschen in Lastwagen zum Aspernbahnhof gebracht, 1941/42 gingen insgesamt 45 Deportationszüge in Ghettos, Vernichtungslager und Mordstätten im „Osten“. Der Großteil der mehr als 66.000 österreichischen Shoah-Opfer wurde von den vier Sammellagern aus in den Tod geschickt.

Im Gedächtnis der Nachkriegszeit, unter dem Vorzeichen der These von Österreich als „erstem Opfer“ des Nationalsozialismus, hatte die Erinnerung an die Opfer der Shoah keinen Platz. Die ehemaligen Sammellager, der in den 1970er-Jahren stillgelegte Aspernbahnhof waren Leerstellen, kulturell dem Vergessen anheimgegeben wie die meisten Orte nationalsozialistischer Verbrechen. Die Tätergesellschaft wollte nicht erinnert werden. Für die Überlebenden und die Angehörigen der Ermordeten waren es jedoch unvergessliche, traumatische Orte. Oft waren die Namen auf den Listen der in den Sammellagern zusammengestellten Deportationstransporte das letzte Lebenszeichen von Eltern, Großeltern, Geschwistern, Verwandten und Freunden.

Das Schweigen über die österreichische Mitverantwortung brach erst Ende der 1980er-Jahre auf. Eine neue Generation – angestoßen durch die

Waldheim-Debatte 1986 – begann nach der Involvierung der eigenen Gesellschaft in die Verbrechen des Nationalsozialismus zu fragen. Vor allem aber wurde nun die Leerstelle im österreichischen Gedächtnis sichtbar: das fehlende Gedenken für die Opfer der Shoah. Das Mahnmal gegen Krieg und Faschismus am Albertinaplatz (Alfred Hrdlicka, 1988) und vor allem das Holocaust-Denkmal am Judenplatz (Rachel Whiteread, 2000) wurden zu sichtbaren Zeichen einer nachholenden Bringschuld, ebenso die neu errichteten Holocaust-Denkmäler auf regionaler und lokaler Ebene – bis hin zu den Stolpersteinen vor den Wohnadressen.

In der Holocaust-Forschung richtete sich das Interesse zunehmend auf die lokale und regionale Dimension von Entrechtung, Beraubung, Vertreibung und Deportation. Mittlerweile liegen zu Wien und Österreich zahlreiche wissenschaftliche Publikationen vor, zuletzt der umfassende Überblick „Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien“ von Dieter J. Hecht, Eleonore Lappin-Eppel und Michaela Raggam-Blesch.¹

In der breiteren Öffentlichkeit sind die Orte des NS-Terrors aber nach wie vor kaum bekannt. Das war für uns der Anstoß für die Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse“. Auf Basis der neuen Forschungsergebnisse haben wir gemeinsam mit Dieter J. Hecht und Michaela Raggam-Blesch ein Ausstellungsnarrativ erarbeitet, das die Rolle der Sammellager bei der Organisation der Deportationen in sechs Kapiteln darstellt: einberufen – kennzeichnen – „ausheben“ – im Lager – „kommissionieren“ – deportieren. Die eindrucksvolle Ausstellungsarchitektur von Gabu Heindl und ihrem Team und die grafische Gestaltung von Stefan Fuhrer haben dafür eine zeitgemäße, reflexive Formensprache entwickelt. Durch die Kooperation mit *erinnern.at* konnte ein hervorragendes Vermittlungsteam gewonnen werden. Besonderer Dank gilt den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bereit waren, über ihre Erfahrungen in den Sammellagern und bei der Deportation zu sprechen. Der Filmemacher Frederick Baker hat ihre Berichte in der Dokumentation „Letzte Orte. Letzte Zeugen“ festgehalten.²

Ziel der Ausstellung ist es, die vergessenen Orte sichtbar zu machen und im kollektiven Gedächtnis zu verankern: Als Orte, die für ganz Österreich relevant sind, denn der Großteil der jüdischen Bevölkerung in den Bundesländern war 1938 nach Wien verbracht worden. Die Ausstellung konnte vom

1 Dieter J. Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien*, Wien ²2018.

2 Die Dokumentation ist auch online auf der Website der Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse“ zugänglich. <https://www.oeaw.ac.at/ausstellung-letzte-orte/> (abgerufen am 18.7.2019)

9. November 2016 bis Ende 2018 dank der Unterstützung des Österreichischen Bundesheeres an einem prominenten Ort gezeigt werden: in der Krypta des Österreichischen Heldendenkmals im Äußeren Burgtor am Heldenplatz. Danach stellte die Bezirksvertretung Wien-Leopoldstadt Räumlichkeiten im Amtshaus zur Verfügung. Die Ausstellung ist nun bis Anfang 2020 in jenem Bezirk zu sehen, in dem sich die vier Sammellager befunden hatten.

Die historische Bedeutung der Sammellager geht jedoch weit über Wien und Österreich hinaus. Sie repräsentieren die Rolle Wiens als Experimentierfeld für die Systematisierung und Radikalisierung der antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes und ab 1941 für die Organisation und Durchführung der Deportationen. Wien wurde, so Lisa Hauff, zum „Experimentierfeld Eichmanns“, der dort ein „administratives Modell der Verfolgung in der Zusammenarbeit von NS-Behörden mit der israelitischen Kultusgemeinde“ etablierte, das zum „Vorbild künftiger Judenräte“ werden sollte.³ Die jüdische Gemeinde wurde damit gezwungenermaßen zum „Werkzeug der Nazis“ (Doron Rabinovici) und in weiterer Folge zum „Agenten der eigenen Vernichtung“ (Dan Diner).⁴

In Berlin, Prag und Brünn wurden Zentralstellen nach Wiener Vorbild eingerichtet. Ab November 1941 führten die „Eichmann-Männer“ der „Zentralstelle“ systematische „Aushebungen“ durch, das „Wiener Modell“ wurde in Berlin und anderen Städten zur Beschleunigung der Deportationen angewandt. Nach Abschluss der großen Deportationen im Oktober 1942 kamen die Wiener Deportations-„Experten“ in vielen Städten und Regionen im nationalsozialistisch besetzten Europa zum Einsatz.⁵

Dieses Buch wurde von der Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation“ angeregt, geht aber weit darüber hinaus. Die Beiträge beleuchten mit einer Vielzahl von zum Teil unbekannten amtlichen Quellen, Lebenszeugnissen und Fotografien das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in den Jahren der großen Deportationen 1941/42. Sie zeigen, wie die NS-Behörden mehr als 45.000 Menschen in Gebäuden, die sich im Zentralraum der Stadt befanden, internierten und – mitten durch Wien – zu den Deportationszügen am Aspern-Bahnhof überstellten. Zwei Beiträge thematisieren die perfiden Methoden und brutalen Vorgangsweisen der „Eichmann-Männer“, ihre „Karrieren“

3 Lisa Hauff, Zur politischen Rolle von Judenräten. Benjamin Marmorstein in Wien 1938–1942, Göttingen 2014, S. 10.

4 Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt a. M. 2000, S. 23; Dan Diner (Hg.), Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz, Frankfurt a. M. 1988, S. 8.

5 Vgl. Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien 1993.

im NS-Vernichtungssystem und die – zumeist erfolglosen – Versuche, die Täter nach 1945 gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Im Vordergrund stehen jedoch die Erfahrungen und die Lebenszeugnisse der Opfer, in diese Gruppe sind auch die durch Zwang beteiligten Mitarbeiter der IKG einzubeziehen. Zwei Beiträge thematisieren das prekäre Überleben nach den großen Deportationen. Jüdinnen und Juden, die in „Mischehe“ lebten, und ihre Kinder waren zunächst geschützt, ebenso MitarbeiterInnen der zum „Ältestenrat“ umgewandelten IKG, die allerdings ständig von der Deportation bedroht waren. Nur wenige konnten als „U-Boote“ die Befreiung 1945 erleben. Es waren Überlebende und Angehörige von Opfern, die am Beginn der 1980er Jahre die ersten Gedenkzeichen an den vergessenen „Letzten Orten“ initiierten.



„Lieber Martin/Meine letzte Bitte vor Polen wäre das [sic] du Deinen Chawer [Kameraden] Maxi nicht vergißt./Dein Maxi Reich/ Wien 2. III. 1941/vor Polen“.

Porträtpostkarte von Maxi Reich, auf der Rückseite eine Widmung für Martin Vogel, den damals 19-jährigen Matrich [Jugendleiter] der zionistischen Jugendgruppe Hashomer Hazair, geschrieben drei Tage vor seiner Deportation gemeinsam mit den Eltern Irma und Jakob Reich nach Modliborzyce. Die Aufnahme entstand vermutlich in einer „Fotobude“ im Wiener Prater, vor der Kulisse des Stephansdoms

© Privatbesitz

DIETER J. HECHT, MICHAELA RAGGAM-BLESCH

Jüdisches Leben in Wien am Vorabend der großen Deportationen

Die großen Deportationen begannen in Wien im Februar 1941. Anfang dieses Jahres lebten hier nur noch rund 61.000 Menschen, die nach Definition der nationalsozialistischen „Rassengesetze“ als Jüdinnen und Juden galten. Vor dem „Anschluss“ im März 1938 waren 181.882 ÖsterreicherInnen Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinden, 167.249 von ihnen lebten in Wien.¹ Mit dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze am 20. Mai 1938 galten etwa 201.000 Personen in Österreich nach NS-Definition als jüdisch, die überwiegende Mehrheit davon – rund 180.000 Menschen – lebte in Wien. Damit waren rund zehn Prozent der Wiener Bevölkerung von antijüdischen Repressalien betroffen.² Im Lauf des Jahres 1938 wurde auch die jüdische Bevölkerung aus den Bundesländern sukzessive nach Wien vertrieben. Laut der im Mai 1939 durchgeführten Volkszählung war Wien die Stadt mit dem höchsten jüdischen Bevölkerungsanteil im gesamten Deutschen Reich.³

Mit dem „Anschluss“ begann die Entrechtung der jüdischen Bevölkerung. Am 11. März 1938 erklärte Kanzler Kurt Schuschnigg nach Einmarschdrohungen Hitlers seinen Rücktritt. Die im Rundfunk übertragene Rede war der Startschuss für die erfolgreiche Machtübernahme der österreichischen Nationalsozialisten in den staatlichen Institutionen und auf der Straße. Noch bevor deutsche Soldaten in den Morgenstunden des 12. März die österreichische

1 Vgl. Jonny Moser, *Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945*, Wien 1999, S. 16. Zur Statistik über die jüdische Bevölkerung vor 1938 vgl. Andreas Weigl, *Zahlen – Daten – Fakten. Die jüdische Bevölkerung der Republik Österreich 1933 bis 1938 in der Statistik*, in: Gertrude Enderle-Burcel/Ilse Reiter-Zatloukal (Hg.), *Antisemitismus in Österreich 1933–1938*, Wien 2018, S. 135–149.

2 Zu den Verfolgten zählten damit auch getaufte und konfessionslose Personen jüdischer Herkunft. Darüber hinaus waren auch sogenannte „Mischlinge“ und „Geltungsjuden“ von den NS-Repressalien betroffen. Siehe dazu den Beitrag von Michaela Raggam-Blesch in diesem Band. Zu den Zahlen vgl. Moser, *Demographie*, S. 18f., S. 56.

3 Trotz der bis dahin ansteigenden Auswanderungswelle lebten in Wien zu diesem Zeitpunkt noch 91.530 Personen, die als Jüdinnen und Juden definiert waren. In der 4,3 Millionen Einwohner zählenden Reichshauptstadt Berlin waren es insgesamt 82.457 Personen. Die Bevölkerung des Deutschen Reichs nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939, H. 4, *Die Juden und jüdische Mischlinge im Deutschen Reich* (= Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552/4), Berlin 1944, S. 6–8.

Grenze überschritten, war Österreich nationalsozialistisch.⁴ Das Leben der jüdischen Bevölkerung änderte sich damit schlagartig. Jüdinnen und Juden wurden über Nacht recht- und schutzlos und waren pogromartigen Ausschreitungen ausgesetzt, wobei die Polizei nicht dagegen einschritt. Jüdinnen und Juden wurden in den sogenannten „Reibpartien“ von Angehörigen der Sturmabteilung (SA) und der Hitlerjugend (HJ) unter dem Jubel der umherstehenden Bevölkerung gezwungen, die Parolen des austrofaschistischen Regimes für ein unabhängiges Österreich von Straßen und Gebäuden mit scharfer Lauge und Bürsten zu entfernen.⁵ Die Gewaltausschreitungen des „Anschluss“-Pogroms waren eine österreichische Besonderheit, die ihresgleichen im gesamten Deutschen Reich erst während des Novemberpogroms fand.

Unmittelbar nach dem „Anschluss“ wurden Jüdinnen und Juden entlassen und erhielten Berufsverbot, jüdische Kinder mussten öffentliche Schulen verlassen und wurden von höherer Schulbildung ausgeschlossen, Unternehmen und Geschäfte wurden durch „Arisierung“ enteignet. Hinzu kamen Verhaftungen von führenden Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), prominenten Politikern, Intellektuellen und Geschäftsleuten, die in erster Linie dazu dienten, die jüdische Bevölkerung unter Druck zu setzen und zur raschen Auswanderung zu bewegen.⁶ Vor allem die im August 1938 gegründete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ unter der Leitung von Adolf Eichmann etablierte sich neben der Gestapo zum Kontrollorgan der Israelitischen Kultusgemeinde und als zentrale Behörde für die Durchsetzung und Koordination der nationalsozialistischen „Judenpolitik“ in der „Ostmark“. Sitz der „Zentralstelle“ war das „arisierte“ Palais Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße, ihr Ziel war die systematische Beraubung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung, die zur Emigration gezwungen werden sollte. Die IKG wurde nach einer Gestapo-Razzia und der Verhaftung ihrer führenden Mitglieder am 18. März 1938 zunächst gesperrt. Reorganisiert nach den Vorgaben von Adolf Eichmann wurde die Kultusgemeinde am 2. Mai 1938

4 Vgl. Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung 1938/39*, Wien 2018, S. 61–69; Heidemarie Uhl, „Anschluss“ 1938. Geschichte und Gedächtnis, in: Heinz Fischer/Andreas Huber/Stephan Neuhäuser (Hg.), *100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918–2018*, Wien 2018, S. 89–101.

5 Vgl. Gerhard Botz, „Judenhatz“ und „Reichskristallnacht“, in: Kurt Schmid/Robert Streibel (Hg.), *Pogrome in Österreich 1938 und in Osteuropa 1900*, Wien 1990, S. 18; G.E.R. Gedy, *Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte*, Wien 1947, S. 294f.; Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 16–41.

6 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 16–121.

wiederöffnet und musste sich ab diesem Zeitpunkt vorwiegend der Auswanderung und Fürsorge widmen.⁷

Dem Novemberpogrom gingen in Wien bereits seit Oktober 1938 Übergriffe auf Synagogen und Bethäuser voraus. In der Nacht des reichsweiten Pogroms vom 9. auf den 10. November wurden jüdische Geschäfte zerstört und geplündert. 42 Synagogen und Bethäuser wurden am 10. November in Brand gesteckt, die restlichen der insgesamt 96 jüdischen Gotteshäuser fast ausnahmslos verwüstet. Der Einsatz der Feuerwehr beschränkte sich darauf, Übergriffe auf Nebengebäude zu verhindern.⁸ In Wien wurden über 6.500 jüdische Männer verhaftet, 3.700 von ihnen wurden in das KZ Dachau überstellt.⁹

Bereits im Frühsommer 1938 hatten die Delogierungen aus den Gemeindebauten und Kündigungen durch private HausbesitzerInnen begonnen. Im Frühjahr 1939 forderte das Wohnungsamt der Stadt Wien HauseigentümerInnen auf, ihren jüdischen MieterInnen zu kündigen. Im Zuge dieser „Judenumsiedlungsaktion“ wurden die Gekündigten in Wohnhäuser mit jüdischen EigentümerInnen eingewiesen. Dadurch entstanden im 1., 2. und 9. Bezirk sogenannte „Judenhäuser“ mit Sammelwohnungen, in denen mehrere Familien zusammengedrängt leben mussten; viele wurden oft binnen weniger Monate mehrmals umgesiedelt.¹⁰

Aufgrund der sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen und des Anwachsens der jüdischen Bevölkerung im Zuge der Vertreibung aus den Bundesländern¹¹ waren immer mehr Menschen auf die Versorgungseinrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde angewiesen. Besonders wichtig für die verarmte Bevölkerung waren die Ausspeisungsküchen. Im August 1939 erreichte die Zahl der Verpflegten mit über 36.000 Personen in über 16 Sup-

7 Vgl. Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat Frankfurt a. M. 2000*, S. 69–92; Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 122–128.

8 Vgl. ebda, S. 139–153; Tuviah Friedmann (Hg.), „Die Kristall-Nacht“. Verbrennung der jüdischen Tempel am 10. November 1938 im Deutschen Reich. Dokumentarische Sammlung, Haifa 1972, o. S.

9 In Einzelfällen ist auch die Inhaftierung jüdischer Frauen und sogar einiger Kinder dokumentiert. Vgl. Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978, S. 159; Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 126; Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 157.

10 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 395–409; Aufstellung über die Aufnahmekapazität von Wohnungen in den Bezirken II–IX (1942), IKG, A/W 434.

11 Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 45–47, S. 86–94. Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 128–130.

penküchen einen Höchststand.¹² Das bereits vor 1938 bestehende Netz an Fürsorgeinstitutionen musste vor allem für ältere Menschen ausgebaut werden, die nach der Flucht der jüngeren Generation zurückgeblieben waren. Neben dem seit 1890 bestehenden Altersheim in der Seegasse 9, das bald heillos überfüllt war, richtete die IKG bis 1941 acht zusätzliche Altersheime ein, die oft nur mangelhaft ausgestattet werden konnten. Darüber hinaus mussten viele in sogenannten „Alterswohngemeinschaften“ untergebracht werden. Ab Frühsommer 1942 wurde der Großteil der BewohnerInnen nach Theresienstadt deportiert, wo die meisten aufgrund von Unterversorgung und katastrophalen hygienischen Bedingungen binnen kürzester Zeit umkamen.¹³

Eine weitere wichtige Institution war das 1873 gegründete Rothschildspital am Währinger Gürtel, nach dem „Anschluss“ die einzige Krankenanstalt in Wien, die Jüdinnen und Juden aufnehmen durfte. Jüdische PatientInnen wurden sukzessive aus anderen Spitälern ausgewiesen und hierher überstellt. Mit den letzten großen Transporten im September und Oktober 1942 wurde auch der Großteil der Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und des Pflegepersonals deportiert. Im November 1942 erfolgte die Verlegung in die Malzgasse 16, wo das Spital bis Kriegsende bestand.¹⁴ Die Aufrechterhaltung einer medizinischen Versorgung war notwendig, um die Behandlung von „nicht-arischen“ Angehörigen von Mischehefamilien zu gewährleisten, die in anderen Wiener Krankenhäusern nicht aufgenommen werden durften.

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, eine weitere traditionelle Fürsorgeaufgabe der IKG, wurde nach dem „Anschluss“ ebenfalls eingeschränkt. Die meisten der 1938 bestehenden neun jüdischen Kinder- und Jugendheime bzw. Tagesheimstätten wurden bis Ende 1939 geschlossen. Einige wandelte die IKG in dringend benötigte Altersheime um, da sie hoffte, Kindern und Jugendlichen rasch Auswanderungsmöglichkeiten beschaffen zu können. Manche Jugendheime musste die IKG auf Betreiben der NS-Behörden schließen, sodass die Kinder immer wieder von einem Gebäude ins nächste, meist schlechtere übersiedeln mussten. In den Jahren 1941/42 wurden die

¹² Vgl. ebda, S. 132–135; Report of the Vienna Jewish Community, May 2nd 1938 – December 31st 1939, CAHJP, A/W 126.

¹³ Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 240–260, S. 395–409; Anna Hájková, *Mutmaßungen über deutsche Juden: Alte Menschen aus Deutschland im Theresienstädter Ghetto*, in: Doris Bergen/Anna Hájková/Andrea Löw (Hg.), *Alltag im Holocaust. Jüdisches Leben im Großdeutschen Reich 1941–1945* (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 106), München 2013, S. 179–198.

¹⁴ In den Räumlichkeiten der 1938 geschlossenen Talmud Thora Schule war seit 1939 ein Altersheim der IKG untergebracht, 1942 fungierte das Gebäude Malzgasse 16 als Sammelager. Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 261–267, S. 497–501.

letzten drei Heime geschlossen und die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen deportiert. Nur das jüdische Kinderheim in der Mohapelgasse 3 (heute: Tempelgasse 3) blieb bis Kriegsende bestehen, wobei die dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen in der Regel durch einen „arischen“ Elternteil geschützt waren.¹⁵

Da die Israelitische Kultusgemeinde nur für ihre Mitglieder zuständig war, formierten sich nichtjüdische Hilfsorganisationen, um jene Personen zu unterstützen, die getauft oder konfessionslos waren, aber mit Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze am 20. Mai 1938 zu Jüdinnen und Juden erklärt wurden. Die christlich orientierten Quäker (Religious Society of Friends) und die von schwedischen ProtestantInnen geleitete „Schwedische Mission“ waren bereits vor dem „Anschluss“ in Wien karitativ tätig. Die Ende März 1938 gegründete „Aktion Gildemeester“ geht auf eine Initiative von einigen Wiener Großindustriellen und Unternehmern jüdischer Herkunft gemeinsam mit dem holländischen Philanthropen Frank van Gheel-Gildemeester zurück. Dieser hatte sich für politisch Verfolgte des austrofaschistischen Regimes eingesetzt und verfügte dadurch auch über gute Beziehungen zu österreichischen Nationalsozialisten. Die „Aktion Gildemeester“ verhalf zunächst vor allem wohlhabenden jüdisch Verfolgten zur Flucht, denen sie über Abkommen mit den NS-Behörden eine bevorzugte Behandlung bei der Ausreise zusicherte. Von dem an den Gildemeester-Fonds treuhändisch übertragenen Vermögen der Mitglieder profitierten in erster Linie die NS-Behörden, wodurch die „Aktion“ auch zu einem Instrument der nationalsozialistischen Beraubung wurde. Gleichzeitig unterstützte die „Aktion Gildemeester“ aber auch die Ausreise weniger bemittelter AntragstellerInnen, wobei 10 Prozent des Vermögens der wohlhabenden Mitglieder der „Aktion“ dafür aufgewendet wurden.¹⁶ Im Jänner 1940 wurde die „Aktion Gildemeester“ von den NS-Behörden aufgelöst und die „Auswanderungs-Hilfsorganisation für nichtmosaische Juden in der Ostmark“ (AHO) als Nachfolgeorganisation eingerichtet, der die Zuständigkeit für alle „Nichtglaubensjuden“ übertragen wurde. Da die AHO direkt der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ unterstellt war, erhielt sie – ebenso wie die IKG – von dieser den Auftrag, mit 1. November 1940 die als „jüdisch“ gekennzeichneten

¹⁵ Vgl. ebda, S. 268–287, S. 505–511.

¹⁶ Vgl. Theodor Venus/Alexandra-Eileen Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 20/2), Wien/München 2004, S. 125–131; Gabriele Anderl/Dirk Rupnow, Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich, Bd. 20/1), Wien/München 2004, S. 184f.

Lebensmittelkarten an christliche und konfessionslose „NichtarierInnen“ zu verteilen. Die damit einhergehende Registrierung diente den NS-Behörden auch zur Erfassung der „nichtarischen“ Bevölkerungsgruppe; die Mitglieder der IKG schienen zusätzlich bereits in deren Matriken auf.¹⁷ Im Dezember 1940 wurde die „Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken“ gegründet, die direkt unter dem Schutz von Kardinal Innitzer stand. Während sich die Hilfsorganisationen anfangs vorwiegend der Unterstützung bei der Emigration widmeten, standen spätestens ab 1941 – als eine Ausreise kaum noch möglich war – Fürsorgeaufgaben im Mittelpunkt. Die Erzbischöfliche Hilfsstelle war die einzige Organisation, die ihre Tätigkeit bis Kriegsende fortsetzen konnte, alle anderen Hilfsorganisationen wurden – zeitgleich mit den großen Deportationen aus Wien in den Jahren 1941/42 – aufgelöst.¹⁸

Die NS-Behörden erließen 1941/42 eine Reihe von weiteren Gesetzen, Verordnungen und Erlässen, die das Leben der rassistisch Verfolgten stark beeinträchtigen, vor allem die Pflicht zum Tragen des Judensterns ab dem 6. Lebensjahr (19. September 1941), die Verpflichtung zur Zwangsarbeit für Jüdinnen und Juden ab dem 14. Lebensjahr (3. Oktober 1941), das Verbot des freundschaftlichen Kontakts zwischen „Ariern“ und Juden (24. Oktober 1941), die Pflicht zur Ablieferung von Schreib- und Rechenmaschinen, Fahrrädern, Fotoapparaten und Ferngläsern (13. November 1941), das Verbot, Kuchen und Backwaren zu konsumieren (14. Februar 1942) oder Haustiere zu halten (15. Februar 1942), die Kennzeichnungspflicht jüdischer Wohnungen (13. März 1942), das Verbot öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen (24. März 1942), der Ausschluss vom Bezug von Tabakwaren (11. Juni 1942), Eiern (22. Juni 1942), Frischmilch (10. Juli 1942) und Fleisch und Weizenmehl (18. September 1942) sowie das generelle Unterrichtsverbot für jüdische Kinder (1. Juli 1942).¹⁹

Die zweifellos einschneidendste Maßnahme war die Verpflichtung zum Tragen des Judensterns. Als „SternträgerInnen“ waren die Verfolgten nun öffentlich stigmatisiert, schutzlos Übergriffen und Anpöbelungen ausgesetzt. Eine weitere Maßnahme mit drastischen Auswirkungen war die Zwangsarbeitspflicht. Jüdinnen und Juden wurden gezwungen, unter erschwerten Bedingungen und bei geringer Bezahlung Schwerarbeit zu verrichten, sie wurden auch außerhalb Wiens eingesetzt, mehrere Gruppen jüdischer Frauen sogar zum Spargelstechen ins „Altreich“ verschickt. Viele Betriebe nutzen die Mög-

17 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 332; Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht*, S. 222.

18 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 322–353.

19 Vgl. Joseph Walk (Hg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg/Karlsruhe 1981, S. 347, S. 352f., S. 355, S. 368.

lichkeit, jüdische ZwangsarbeiterInnen als billige, rechtlose Arbeitskräfte auszubuten.²⁰

Mehr als 130.000 Menschen konnten bis zum Auswanderungsverbot im Oktober 1941 flüchten, rund 17.000 wurden allerdings in ihren Zufluchtsländern wie Frankreich, Belgien oder den Niederlanden wieder vom NS-Regime eingeholt und großteils ermordet.²¹ In den Jahren 1941/42 wurden 45.527 Personen in 45 Transporten vom Wiener Aspernbahnhof in die Ghettos, Vernichtungslager und Mordstätten im „Osten“ deportiert.²² Insgesamt wurden mehr als 66.000 österreichische Jüdinnen und Juden Opfer der Shoah.²³

Mit dem Ende der großen Deportationen im Oktober 1942 erfolgte die behördliche Auflösung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, am 1. November 1942 wurde von den NS-Behörden der „Ältestenrat der Juden in Wien“ eingesetzt. Der „Ältestenrat“ war nun nicht mehr nur für Mitglieder der IKG zuständig, sondern für alle, die nach den NS-Gesetzen als Jüdinnen und Juden definiert wurden – unabhängig von ihrem religiösen Bekenntnis. Der Großteil der rund 5.500 noch in Wien verbliebenen Personen, die nach den Nürnberger Gesetzen als Jüdinnen und Juden galten, erlebte das Kriegsende 1945 in „Mischehefamilien“, geschützt durch „arische“ Familienmitglieder. Knapp 200 Personen überlebten als Angestellte des „Ältestenrats“.²⁴

20 Ab 1940 setzten Industriebetriebe aufgrund des Arbeitskräftemangels auch verstärkt Kriegsgefangene ein. Vgl. Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat 1938–45*, Innsbruck 2000, S. 193–199.

21 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 164.

22 Zahlen nach Jonny Moser und Winfried Garscha (neueste Berechnungen zu Maly Trostinec). Nach den Angaben von Jonny Moser kommt man auf 45.451 Personen. Vgl. Jonny Moser, *Österreich*, in: Wolfgang Benz, *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1996, S. 72–92; Winfried R. Garscha, „Ein unermüdliches Beharren auf Empirie und Nüchternheit“. Die Erforschung der Vernichtungsstätte Maly Trostinec, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec* (= Jahrbuch 2019), Wien 2019, S. 65–152. Nach Alfred Gottwaldt und Diana Schulle wurden 45.658 Personen in den Jahren 1941/42 aus Wien deportiert. Alfred Gottwaldt / Diana Schulle, *Die „Juden deportierungen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*, Wiesbaden 2005, S. 444–467.

23 Vgl. Brigitte Bailer/Gerhard Ungar, *Die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus* (= Jahrbuch 2013), Wien 2013, S. 73.

24 Vgl. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, *Topographie der Shoah*, S. 484f. Siehe dazu den Beitrag von Michaela Raggam-Blesch in diesem Band.

Zeitzeuginnen- und Zeitzeugen-Interviews für die Ausstellung »Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse«



© Christian Haake

Arik Brauer, geb. 1929 in Wien, arbeitete als Tischler für das Technische Amt der IKG, nach dem Krieg Studium an der Akademie der bildenden Künste; Maler, Grafiker, Bühnenbildner, Sänger und Dichter; Mitbegründer der Wiener Schule des Phantastischen Realismus, lebt in Wien.



© Christian Haake

Walter Fantl-Brumlik, geb. 1924 in Bischofsstetten, 1939 Vertreibung nach Wien, 1942 Deportation mit seiner Familie nach Theresienstadt, überlebte mehrere Lager, Geschäftsmann, lebt in Wien.



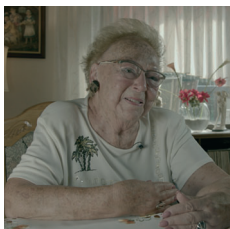
© Christian Haake

Helga Feldner-Busztin (geb. Pollak), geb. 1929 in Wien, 1943 mit Mutter und Schwester nach Theresienstadt deportiert, Ärztin, lebt in Wien.



© Christian Haake

Rudolf Gelbard, geb. 1930 in Wien, 1942 Deportation mit seiner Familie nach Theresienstadt, Journalist bei der Tageszeitung *Kurier*, lebte in Wien, wo er 2018 starb.



© Christian Haake

Rosa Kostenwein (geb. Ringler), geb. 1929 in Wien, überlebte die NS-Zeit in Wien, Geschäftsinhaberin eines Drogeriehandels, lebt in Weidling bei Wien.



© Christian Haake

Bernhard Morgenstern, geb. 1926 in Wien, 1942 mit seinen Eltern nach Theresienstadt deportiert, überlebte mehrere Lager, Geschäftsmann, lebte in Wien, wo er 2018 starb.



© Christian Haake

Herbert (Blacky) Schwarz, geb. 1925 in Wien, 1942 Deportation nach Riga, überlebte mehrere Lager, Emigration in die USA, Geschäftsmann, lebte seit 2010 wieder in Wien, wo er 2017 starb.



© Christian Haake

Herbert Schrott, geb. 1926 in Wien, 1942 mit seinen Eltern nach Theresienstadt deportiert, überlebte mehrere Lager, Angestellter, lebt in Wien.



© Christian Haake

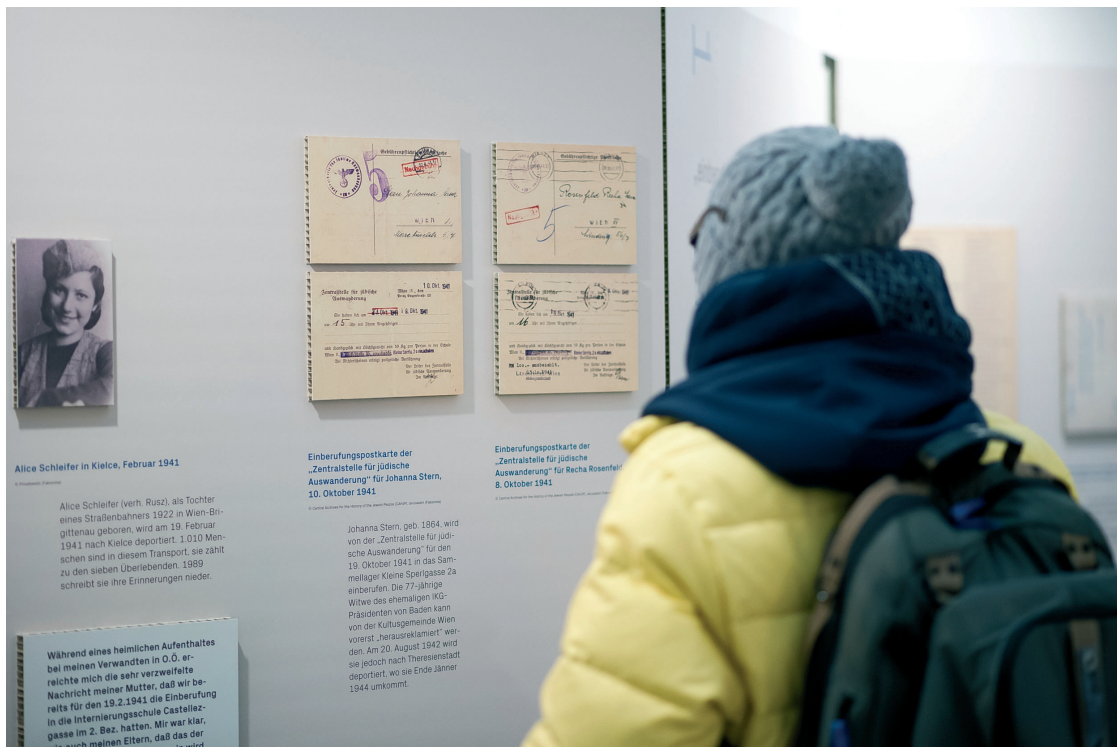
Adolf Silberstein, geb. 1936 in Wien, wuchs bei jüdischen Pflegeeltern auf, überlebte die NS-Zeit geschützt durch die Falschangabe eines „arischen“ Vaters im jüdischen Kinderheim, Inhaber eines Modegeschäftes, lebt in Wien.



© Christian Haake

Kurt Steinbach, geb. 1922 in Wien, im Januar 1942 nach Riga deportiert, überlebte mehrere Lager, Geschäftsmann, lebte in Wien, wo er 2016 starb.

Die Filmdokumentation *Die Letzten Orte* (Regie Frederick Baker, Kamera Christian Haake, Schnitt Andreas Wappel, Wien 2016) mit Interviews der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ist auf der Website der Ausstellung *Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse* abrufbar: <https://www.oeaw.ac.at/ausstellung-letzte-orte/>



© ÖAW/APA Fotoservice/Hörmandinger

Letzte Orte vor der Deportation – Die Ausstellung

Die Ausstellung „Letzte Orte vor der Deportation. Kleine Sperlgasse, Castellezgasse, Malzgasse“ vermittelt das Wissen über die Bedeutung der Sammellager – bislang „vergessene“ Orte des Holocaust in Wien. Denn der Holocaust begann mitten in der Stadt – vor den Augen der Bevölkerung. 1941/42 wurden mehr als 45.000 Wiener und österreichische Jüdinnen und Juden in vier Sammellagern im 2. Wiener Gemeindebezirk interniert und in Gruppen von je 1.000 Menschen in Lastwägen zum Aspernbahnhof gebracht, von wo 45 Deportationszüge in die Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager abgingen. Der Großteil der mehr als 66.000 Wiener bzw. österreichischen Shoah-Opfer wurde von diesen Sammellagern aus in die Mordstätten und Vernichtungslager verbracht.

Die Ausstellung wurde am 8. November 2016 an einem symbolträchtigen Ort eröffnet: in der Krypta des Äußeren Burgtors, dem sogenannten „Heldenendenkmal“, am Wiener Heldenplatz. Bis Ende 2017 konnte sie dort von mehr als 11.000 BesucherInnen gesehen werden, darunter zahlreiche Schulklassen. Seit 9. Mai 2018 wird die Ausstellung im Amtshaus des Bezirks Leopoldstadt, Karmelitergasse 9 gezeigt.

Weitere Informationen: <https://www.oeaw.ac.at/ausstellung-letzte-orte/>